

# Verkehrswende für 355 Millionen Euro

Saar-Verkehrsministerin Anke Rehlinger (SPD) stellte am Dienstag den Verkehrsentwicklungsplan ÖPNV vor.

VON TERESA PROMMERSBERGER

**SAARBRÜCKEN** Mehr Mobilität mit im besten Fall weniger Verkehr. Diesen Anspruch stellt Saar-Verkehrsministerin Anke Rehlinger (SPD) an den Verkehrsentwicklungsplan Öffentlicher Personennahverkehr (VEP ÖPNV). Den hat der Ministerrat am Dienstag beschlossen. Die Reaktivierung von Bahnstrecken, der Ausbau des Saarbahn-Netzes, der Um- und Ausbau von Haltepunkten und nicht zuletzt die Tarifreform stehen auf dem Tableau. Das Ziel: 20 000 Fahrgäste zusätzlich am Tag.

## 20 000

Fahrgäste täglich mehr könnten durch die Maßnahmen im Verkehrsentwicklungsplan gewonnen werden.

Quelle: Saar-Verkehrsministerium

Das erste, was umgesetzt wird, ist die Tarifreform. Sie startet nach einiger Verzögerung am 1. Juli dieses Jahres. Ein günstigeres und vor allem attraktiveres Preissystem soll es werden. Das Wabensystem fällt weg – so viel steht fest. Wie genau sich die neuen Tarifstrukturen zusammensetzen, nannte Rehlinger am Dienstag allerdings nicht. Geplant sind mehr Flatrate-Angebote und niedrigere Preise für Schüler, Azubis, Senioren und Pendler.

Was die Reaktivierung der Eisenbahnlinien betrifft, kommen folgende Strecken in Frage: Merzig – Losheim, Saarlouis – Schmelz – Wadern/Lebach-Jabach, Homburg – Blieskastel Mitte. Für die Strecke zwischen Homburg und Zweibrücken sei das Kosten-Nutzen-Verhältnis bereits geprüft und bestätigt worden, sagte Rehlinger. Mitte vergangenen Jahres standen dafür Kosten in Höhe von 28,5 Millionen Euro im Raum, anteilig übernommen vom Saarland und von Rheinland-Pfalz. Die Verlängerung

der Niedtalbahn von Niedaltdorf nach Bouzonville ist aus dem VEP erstmalig ausgenommen – sie müsse als grenzüberschreitendes Projekt in Abstimmung mit den französischen Nachbarn betrachtet werden. Gleiches gilt für den möglichen Neubau der Saarbahn-Linie von Saarbrücken aus über das Deutschmühlental nach Forbach.

„Erfolgsversprechend“, aber noch nicht im Detail ausgearbeitet sei die Verlängerung der Saarbahn-Strecke ab dem Römerkastell in Saarbrücken Richtung Saarbasar. Zur Diskussion stehen zudem die Reaktivierung der Rosseltalbahn von Saarbrücken nach Großsessel sowie die Bistalbahnbahn zwischen Saarbrücken und Überherrn als S-Bahn. Letztere sei mit Blick auf die geplante Ansiedlung des Batterieherstellers Svolt sinnvoll, sagte Rehlinger.

Auch in Sachen Busverkehr soll sich einiges tun. „Guter Nahverkehr in der Fläche“ ist der Maßstab. Mit besseren Anbindungen im ländlichen Raum, integriert in ein S-Bahn-Netz. Neu zum Einsatz sollen so genannte Plus-Busse und Express-Busse kommen. Die Plus-Bus-Strecken sollen die bisherigen R-Linien ersetzen und die Punkte vernetzen, die nicht über Schienen verbunden sind: ganztätig in einem festen Takt, mindestens alle 60 Minuten sowie Fahrten abends und am Wochenende. Die Express-Busse zielen vor allem auf Pendler ab, sagte Rehlinger – nicht „jedes Dorf“ soll angefahren werden, dafür sollen sie schnell sein mit klaren Vorgaben, wie viele Haltestellen angefahren werden. „Wesentliches Kriterium ist: Dass es nicht viel länger dauert, als mit dem



Tarifreform, bessere Bus-Verbindungen, Ausbau eines S-Bahn-Netzes, die Reaktivierung von Bahnstrecken: Der Verkehrsentwicklungsplan ÖPNV beinhaltet Projekte für rund 355 Millionen Euro.

FOTO: OLIVER DIETZE/DPA

Auto.“

Aus den Haltestellen sollen „Mobilitätszonen“ werden, die die Vielfalt der Fortbewegungsmöglichkeiten abdecken: flexibler und barrierefreier Umstieg zwischen Schienen- und Busverkehr; ausreichend Park&Ride- sowie Park&Bike-Plätze; im ländlichen Raum auch Bürgerbusse und On-Demand-Verkehr (auf Abruf).

Ein moderner ÖPNV sei auch ein digitaler ÖPNV, sagte die Ministerin. Fahrpläne, Tarife, Echtzeitverkehrsdaten, Verfügbarkeit der technischen Ausstattung an Stationen sowie ein Mobilitätspool unter Einbezug von Taxi- und Mitfahrer-Angeboten seien die Ziele.

Der 360 Seiten umfassende Plan

stelle die Weichen für eine Verkehrswende im Saarland, ist sich Rehlinger sicher. Auch mit Blick auf den Klimaschutz. Werden die vielen verschiedenen Maßnahmen umgesetzt, könnten nach Angaben des Ministeriums 10 000 Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich eingespart werden. Der Finanzbedarf ist allerdings hoch: 355 Millionen Euro Investitionen bei jährlichen Betriebskosten in Höhe von 25 Millionen Euro. Immerhin, bei den Investitionskosten steuere der Bund bis zu 90 Prozent zu, sagte die Verkehrsministerin. Dafür müssten aber Anträge gestellt werden, denen wiederum Machbarkeitsstudien vorausgehen. Bevor die Verkehrswende kommt, bilden die die nächste Phase.

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) im Saarland „freut“ sich über „viele positive Impulse“ für den Nahverkehr im Saarland. Die Maßnahmen müssten jetzt rasch umgesetzt werden. Vor allem die Verlegung einzelner Haltepunkte näher an die Siedlungskerne wie Ensdorf, Scheidt und Renrtrisch. Nachholbedarf sieht der VCD in Sachen Güterverkehr. Der müsste noch stärker im VEP berücksichtigt werden. Außerdem fehle eine „klare Zielsetzung zum Anteil des Bus- und Bahnverkehrs an den Verkehrsträgern insgesamt“.

Der ausführliche Verkehrsentwicklungsplan unter [www.saarland.de/vep](http://www.saarland.de/vep)

## Studierende zahlen nur die Hälfte für das Semesterticket

**SAARBRÜCKEN** (red) Das Saar-Verkehrsministerium übernimmt im kommenden Sommersemester die Hälfte der Kosten des Semestertickets. Verkehrsministerin Anke Rehlinger (SPD) trägt damit dem Vorschlag des Allgemeinen Studierenden Ausschusses der Universität des Saarlandes (AStA) Rechnung. Der AStA hatte auf die erschwerten finanziellen Bedingungen für Studierende während der Corona-Pandemie hingewiesen. Typische Nebenjobs wie in der Gastronomie seien derzeit nicht möglich. „Aufgrund der Pandemie blieb das Semesterticket für den ÖPNV im vergangenen Jahr größtenteils ungenutzt, das wollen wir für das kommende Semester auffangen“, sagt Rehlinger. „Das gesparte Geld steht dann dort zur Verfügung, wo es momentan einfach dringender gebraucht wird.“ Rund 20 000 Studierende nutzen das Semesterticket. Pro Semester kostet das Ticket, mit dem die Studierenden saarlandweit öffentliche Verkehrsmittel nutzen können, 124 Euro – der größte Anteil des Semesterbeitrages. Die anfallenden Kosten in Höhe von 1,25 Millionen Euro übernimmt das Verkehrsministerium aus den Mitteln zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Die CDU-Fraktion im saarländischen Landtag fordert unterdessen, die gesamten Kosten von 124 Euro für das Semesterticket im noch laufenden Wintersemester zu erstatten. „Das wäre ein wichtiges Signal für die Studierenden, denn was für die Schülerinnen und Schüler möglich war, sollte auch für die Studierenden im Saarland gelten“, sagt Jutta Schmitt-Lang, hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion.

Produktion dieser Seite:

Sophia Schülke, Michael Kipp  
Dietmar Klostermann

## Grüne Saar bedauern Rückzug von Markus Tressel

**SAARBRÜCKEN** (red) Der Landesvorstand der Saar-Grünen bedauert den Rückzug von Markus Tressel aus der Politik und spricht ihm seinen großen Dank für seine langjährige Arbeit für die Grünen aus. Tressel hatte am Montag überraschend seinen Rückzug bekanntgegeben. Landesvorsitzende Tina Schöpfer und Generalsekretärin Barbara Meyer-Gluche erklärten: „Wir bedauern Markus Rückzug aus der Politik außerordentlich. Markus hat die Grünen im Saarland seit Jahren geprägt und mit größter Leidenschaft für die grüne Sache gekämpft – egal in welcher Position.“ Tressel sei eine starke saarländische Stimme im Bundestag, die dort fehlen werde. Tressel wird bis zur nächsten Wahl des Landesvorstands und der Neuwahl des Bundestages weitermachen.

## FDP will Bachmann durch Experten ersetzen

**SAARBRÜCKEN** (red) Die FDP Saar fordert Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) auf, Gesundheitsministerin Monika Bachmann (CDU) zu entlassen, um einen politisch unabhängigen Experten zum Gesundheitsminister zu ernennen. Er könne in dem Amt die bestmöglichen Entscheidungen zur Bekämpfung der Pandemie treffen. Das Saarland könne sich kein chaotisches Corona-Management leisten. Als Heimaufsicht habe das Gesundheitsministerium keine gute Bilanz. Die parteipolitische Besetzung der Härtefallkommission sei bundesweit einmalig „und absolut nicht vermittelbar. Nach dem Chaos bei der Terminvergabe taucht das Gesundheitsministerium auch bei der Entwicklung und Umsetzung einer Teststrategie mit Schnelltests ab.“ Daher sollte Ministerpräsident Hans „endlich die Konsequenzen ziehen“, fordert die Partei in einer Mitteilung.

# Lehrer können sich zur Impfung anmelden

**SAARBRÜCKEN** (dpa/gö/red) Lehrer und Erzieher im Saarland können sich möglicherweise noch in dieser Woche für eine Corona-Impfung anmelden. Die Priorisierung der Corona-Impfverordnung solle kurzfristig bis Mitte der Woche angepasst werden. Anschließend könnten sich die Anspruchsberechtigten analog den weiteren Berechtigungsgruppen zur Impfung anmelden, verlautete es am Dienstagmittag aus dem Gesundheitsministerium. Das Ministerium präzierte damit Angaben vom Morgen, in denen es noch offengelassen hatte, wann die beiden Berufsgruppen einen Impftermin beantragen können.

Am Montag hatten sich Bund und Länder auf der Gesundheitsministerkonferenz darauf verständigt, Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte an Grund- und Förderschulen

schneller gegen das Virus zu impfen als zunächst vorgesehen. Sie sollen nun in der Impfverordnung in Prioritätsgruppe zwei statt in Gruppe drei eingestuft werden. Die geänderte Impfverordnung könnte an diesem Mittwoch in Kraft treten.

Die Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, Alena Buyx, sieht die priorisierte Impfung von Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern hingegen kritisch. „Wenn ich das ehrlich beantworten soll, habe ich sehr gemischte Gefühle“, erklärte Buyx am Dienstag im Deutschlandfunk. Sie könne zwar die politische Motivation nachvollziehen, auch wisse sie, dass Schulen und Kitas ein „essenzieller Bereich der Gesellschaft“ seien. „Ich muss aber auch gestehen: Ich hätte mir gewünscht, dass man eine erhöhte Sicherheit dort erreicht hätte, beispielsweise über Tests.“



Eine Lehrerin mit FFP2-Maske unterrichtet. Sie sollen sich bald impfen lassen dürfen. FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

Das Verändern der Impf-Priorisierung bedeute nämlich auch, dass man das ursprüngliche Prinzip dahinter aufgeben. Der Impfplan sei „sehr gut überlegt“ gewesen. Zudem habe die ständige Impfkommision klar gesagt, dass Lehrkräfte und Er-

zieherinnen und Erzieher nicht den gleichen Risiken ausgesetzt seien wie Menschen, die von Beginn an in der zweiten Gruppe der Impf-Reihenfolge waren, „da reden wir ja tatsächlich von Patientinnen und Patienten, die aktiv in der Chemotherapie sind“, sagte Buyx. „Und das (...) macht mir Bauchschmerzen.“ Zudem sei die Verteilung der Vakzine angesichts der knappen Impfmengen derzeit sowieso schon ein Problem. Zwar gebe es keinen „harschen Verteilungskonflikt“, und in der nächsten Zeit rechne man mit viel mehr Impfdosen. Aber klar sei derzeit auch: „Wenn Sie einer Gruppe bevorzugt etwas geben, dann fehlt es eben tatsächlich irgendwo anders“, erklärte die Ethikrats-Vorsitzende. So werde der Impfprozess im Gesamten verlangsamt.

Lisa Brausch, Vorsitzende des

Saarländischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes, verbucht die Priorisierung der Grund- und Förderschullehrkräfte in der Impfgruppe hingegen als Erfolg. „Endlich hat auch die Politik erkannt, dass weitere Öffnungen im Bildungsbereich nur einhergehen können, wenn Lehrerinnen und Lehrer umfassend geschützt sind- und das geht nur durch eine Impfung.“ Brausch weist aber darauf hin, dass die Priorisierung dieser Gruppe von Lehrkräften nur ein erster Schritt sein kann. Auch die Lehrerinnen und Lehrer, die an den weiterführenden Schulen eingesetzt seien, müssten bei der Priorisierung bedacht werden. Neben den Lehrerinnen und Lehrern gebe es an den Schulen zusätzliches pädagogisches Personal, denen in naher Zukunft ein Impfangebot gemacht werden müsse.

# Yannik Johann hat das beste Politik-Abitur

**SAARBRÜCKEN/SCHMELZ** (bub) Für das landesweit beste Politik-Abitur wurde im Saarländischen Landtag gestern Yannik Johann aus Schmelz-Limbach ausgezeichnet. Er hatte in der Oberstufe durchgehend 15 Punkte und damit die bestmögliche Note, sagte Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot (SPD), die zusammen mit Landtagspräsident Stephan Toscani (CDU) eine turmhähnliche Statue an Johann verlieh.

Der Landtag, der den Preis stiftet, sieht in der Statue ein Symbol für eine stabil gegründete Demokratie und in der Ausgabe des Preises eine Anerkennung für politisches Interesse. „Wir machen das heute im allerkleinsten Kreis, lassen es aber nicht ausfallen. Der Politikunterricht hat die Aufgabe, den Jugendlichen den demokratischen Rechtsstaat nahezubringen, ihnen aber auch andere Staatsformen zu vermitteln. Demokratien sind nicht



Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot (SPD/links) hat zusammen mit Landtagspräsident Stephan Toscani (CDU/rechts) Yannik Johann aus Limbach bei Schmelz ausgezeichnet.

FOTO: BECKERBREDEL

selbstverständlich. Sie sind in einem Wettbewerb der Systeme auch bedroht“, mahnte Toscani. Der Landtagspräsident will mit dem Preis Aufmerksamkeit für das Fach Politik gewinnen. „Wir wollen junge

Menschen von der Politik überzeugen, damit sie zur Wahl gehen oder sich sogar selbst aktiv in die Politik einbringen“, fügte die Kultusministerin an. Sie selbst sei auch über den Grundkurs Politik ans politische En-

gagement herangeführt worden.

Yannik Johann ist nach eigener Aussage politisch nicht inaktiv. „Ich gehöre keiner Partei an, habe mich aber im Modell Europa Parlament (MEP) engagiert.“ Hier simulieren junge Menschen in einem Planspiel die parlamentarische Arbeit. Der Schüler des Hochwaldgymnasiums Wadern studiert inzwischen Bauingenieurwesen an der TU Kaiserslautern.

Toscani wird noch weitere Politik-Abiturienten ehren. Diesmal kommen die Preise allerdings auf dem Postweg zu den Gewinnern. Er kündigte an, dass die weiteren Preisträgerinnen Amélie Daub vom Gymnasium am Stefansberg in Merzig (2. Platz), Lizanne Johann vom Hochwald Gymnasium Wadern (3. Platz) sowie Tim Tiedke von der Gemeinschaftsschule Mettlach (3. Platz) in den nächsten Tagen ein Glückwunschschreiben und einen Bücherscheck bekommen.

## Awo-Delegierte wählen Vorstand

**SAARBRÜCKEN** (red) Die Arbeiterwohlfahrt (Awo) Saarland wählt ihren neuen Vorstand per Briefwahl. Dazu haben die 197 Delegierten bis Donnerstag Gelegenheit. Am kommenden Sonntag werden die Stimmzettel ab 10 Uhr in der Alten Schmelz in St. Ingbert, und über den YouTube-Kanal der Awo, öffentlich ausgezählt. Landesvorsitzender Marcel Dubois, der die Awo Saarland seit 2012 führt, stellt sich der Wiederwahl, ebenso ein großer Teil des Landesvorstands. Gestimmt werden auch mehrere Anträge – zur Stärkung des Mitgliederverbandes, zur Kinderarmut, für die Übernahme ökologischer Verantwortung und für eine Bürgerversicherung in der Pflege. Für Landesgeschäftsführerin Ines-Reimann Matheis ist die Landeskonferenz der letzte Tag im aktiven Dienst vor dem Ruhestand. Ende November wurde Jürgen Nieser zum weiteren Geschäftsführer bestellt.

Auszählung unter [www.awo-saarland.de](http://www.awo-saarland.de)